

Statement

von

Peter Driessen
Hauptgeschäftsführer
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertags

anlässlich

der
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz
am 17. Oktober 2018, 10:30 Uhr,
IHK für München und Oberbayern,
Großer Clubraum,
Balanstraße 55 - 59, 81541 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit acht Jahren währt der bayerische Konjunktursommer – und er geht weiter. Die bayerische Wirtschaft wird auch im kommenden Jahr wachsen, allerdings wird das Tempo geringer ausfallen. Der Boom wird damit schwächer. Dies sind die zentralen Ergebnisse unserer BIHK-Konjunkturumfrage unter rund 3.700 bayerischen Unternehmen.

Der BIHK-Konjunkturindex, der Lageurteile und Geschäftserwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, liegt mit 131 Punkten weiter klar über seinem langjährigen Durchschnitt.

Fast 60 Prozent der Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden. Dieser Wert liegt weiter auf dem Rekordniveau vom Frühjahr. Nur 6 Prozent der Betriebe sind mit ihrer Lage unzufrieden.

Für die kommenden zwölf Monate haben die Unternehmen jedoch ihre Erwartungen reduziert. Dabei dürften wie in den Vorjahren auch jahreszeitliche Effekte eine Rolle spielen. Per Saldo sind die positiven Erwartungen von 20 auf 13 Punkte gesunken. Rund jedes vierte Unternehmen rechnet mit einer Belebung, nur eines von zehn mit einer Eintrübung.

Der BIHK-Konjunkturindex sinkt daher im Vergleich zum Frühjahr um vier Zähler. Zum Herbst 2017 ist er aber praktisch unverändert und verliert nur einen Zähler.

Vor allem der Fachkräftemangel bremst die Expansion der Unternehmen. Gleichzeitig lässt der Rückenwind für die Inlandsnachfrage nach und das Exportgeschäft wird schwieriger. Generell nehmen die Risikobewertungen zu. Auf mittlere Sicht planen die Unternehmen daher vorsichtiger. Sie haben ihre Investitionsplanungen etwas reduziert. Auch dadurch wird sich das Wachstum verlangsamen.

Welche Risiken belasten die Unternehmen besonders stark?

Risiko Nummer eins: Der Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel ist die größte Wachstumsbremse für die bayerische Wirtschaft: 66 Prozent der Unternehmen sind betroffen – das ist ein neuer Negativrekord. Vor Jahresfrist lag dieser Wert erst bei 59 Prozent der Betriebe.

Die Unternehmen suchen händeringend Personal – etwas mehr als jedes fünfte möchte zusätzliches Personal einstellen, weniger als jedes zehnte plant einen Stellenabbau –, allerdings bleiben viele Stellen offen. 53 Prozent der Betriebe geben an, dass sie offene Stellen längerfristig nicht besetzen können.

Risiko Nummer zwei: Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind unsicherer geworden

Erstmals seit eineinhalb Jahren liegt die Wirtschaftspolitik wieder auf Platz zwei im Risikoranking. Aktuell sehen 46 Prozent der Unternehmen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko. Dabei spielen internationale und nationale Entwicklungen eine Rolle.

Konkret nach einzelnen Faktoren gefragt, sehen 51 Prozent der Unternehmen die mangelnde Stabilität der Regierungskoalition in Berlin als Risiko an. Ferner werden die hohe Bürokratiebelastung, die seit Mai geltende Datenschutzgrundverordnung, schleppende Fortschritte bei der Digitalisierung und das Arbeits- und Steuerrecht genannt.

Auch das Exportgeschäft ist unsicherer geworden. Eskalierende Handelskriege und ein im Raum stehender harter Brexit gefährden bewährte Handelsstrukturen und machen schon jetzt teure Anpassungen in der Wertschöpfungskette notwendig.

Nehmen die Risiken zu, planen Unternehmen vorsichtiger: Der Investitionsmotor läuft zwar weiter, allerdings mit einer etwas geringeren Drehzahl.

Risiko Nummer drei: Energie- und Rohstoffpreise

Ende 2014 begann der Sinkflug der Energie- und Rohstoffpreise. Seit rund einem Jahr steigt der Ölpreis wieder, zuletzt deutlich. Damit steigt für die Unternehmen ein zentrales Kostenrisiko. 34 Prozent sehen die Energie- und Rohstoffpreise aktuell als Geschäftsrisiko. Vor einem Jahr waren es erst 29 Prozent. Außerdem dämpfen die steigenden Ölpreise die Inlandsnachfrage.

Werfen wir nun einen Blick auf die einzelnen Branchen.

Bau

Der bayerische Bausektor ist weiter auf Rekordjagd. Fast acht von zehn Unternehmen sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden. Unzufriedene Betriebe gibt es so gut wie keine. Per Saldo erklimmen die Lageurteile mit 77 Punkten ein neues Allzeithoch. Die Auftragsbücher sind prall gefüllt und die Kapazitäten sind so gut wie vollständig ausgelastet.

Der Bauboom geht in den nächsten Monaten weiter. Die Unternehmen haben ihre Erwartungen lediglich im saisonal üblichen Ausmaß reduziert. Der größte Engpass für die Bauwirtschaft ist und bleibt der Fachkräftemangel: 84 Prozent sehen ihn als Risiko an. Zwei von drei Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen.

Dienstleistungen

Auch bei den bayerischen Dienstleistern laufen die Geschäfte weiterhin sehr gut: 61 Prozent der Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden, nur 4 Prozent unzufrieden. Mit einem Saldo von 57 Punkten wird die Rekordmarke vom Jahresbeginn sogar übertroffen. Auch für die kommenden Monate bleiben die Dienstleister optimistisch: 27 Prozent der Unternehmen erwarten sogar eine weitere Belebung, nur 12 Prozent eine Eintrübung. Damit liegen die Erwartungen nur leicht unter dem Niveau vom Frühjahr.

Industrie

Die bayerische Schlüsselbranche hat ihr Tempo etwas gedrosselt. In den vergangenen sechs Monaten hat die Nachfrage aus dem In- und Ausland nicht mehr so dynamisch wie bisher zugenommen. Per Saldo fallen die Lageurteile von 55 auf 51 Punkte. Dabei bezeichnen 57 Prozent ihre Lage als „gut“, weniger als jedes zehnte ist unzufrieden. Dies zeigt, dass es sich um eine leichte Abkühlung auf weiterhin sehr hohem Niveau handelt.

Für die nächsten zwölf Monate rechnet rund einer von fünf Betrieben mit einer Belebung, einer von zehn mit einer Eintrübung. Per Saldo sind die Geschäftserwartungen von 20 auf 11 Punkte spürbar gesunken.

Bei ihren mittelfristigen Planungen lassen die Unternehmen deswegen mehr Vorsicht walten. Ihre Investitionen wollen sie nicht mehr so stark ausweiten wie zuletzt. Vor allem Erweiterungsinvestitionen stehen wieder häufiger auf dem Prüfstand, obwohl beste Finanzierungsbedingungen herrschen und viele Betriebe angesichts der hohen Auslastung durchaus Bedarf hätten.

Ebenfalls etwas zurückhaltender agieren die Industriebetriebe beim Aufbau neuer Stellen: 24 Prozent möchten zusätzliches Personal einstellen, nur 10 Prozent Stellen streichen. Im Frühjahr lag das Verhältnis noch bei 23 zu 7.

Handel

Der bayerische Handel profitiert vom starken privaten Konsum. Höhere Löhne, steigende Beschäftigung und sichere Arbeitsplätze garantieren gute Geschäfte: 49 Prozent der Händler sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden, nur 12 Prozent sind unzufrieden. Dies sind zwar keine Rekordmarken, jedoch im langfristigen Vergleich sehr erfreuliche Werte.

Wie die Industrie rechnet auch der Handel mit einer etwas gemächlicheren Entwicklung in den kommenden Monaten: 23 Prozent der Händler erwarten eine Belebung und 11 Prozent eine Eintrübung. Im Frühjahr lag das Verhältnis noch bei 30 zu 8.

Fazit

Die Stimmung in der bayerischen Wirtschaft ist nach wie vor äußerst positiv. Auch im kommenden Jahr wird die bayerische Wirtschaft weiter wachsen. Doch die Luft für den lang anhaltenden Boom wird dünner und der Weg holpriger. Einerseits bremst der Fachkräftemangel das Wachstum, andererseits verliert die Inlandsnachfrage an Rückenwind und das Exportgeschäft wird unsicherer.

Was erwartet die bayerische Wirtschaft von der künftigen Bayerischen Staatsregierung?

Je länger der Konjunkturboom anhält, umso selbstverständlicher werden steigende Steuereinnahmen, niedrige Arbeitslosigkeit und Lohnerhöhungen angesehen. Themen wie Standort- und Steuerpolitik haben in der Wahlkabine praktisch keine Rolle gespielt, wie auch eine Umfrage des Bayerischen Rundfunks ergeben hat. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger standen Bildung, Naturschutz, bezahlbarer Wohnraum, gesellschaftliche Gerechtigkeit und innere Sicherheit im Vordergrund.

Wir haben gleichfalls die Unternehmen vor der Wahl gefragt, wie sie den Standort Bayern bewerten und bei welchen Themen sie besonders hohen Handlungsbedarf sehen. Die Unternehmen sind zufrieden mit dem Wirtschaftsstandort:

Auf einer Fünfer-Skala vergeben sie im Schnitt die Note zwei. Mit der Entwicklung in den letzten fünf Jahren sind die Betriebe hingegen weniger zufrieden: Für 46 Prozent der Unternehmen hat sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht verändert, 42 Prozent sehen Verbesserungen. Lediglich 4 Prozent sprechen von einer starken Verbesserung. Für 7 Prozent hat der Standort an Wettbewerbsfähigkeit verloren, für 1 Prozent hat sie sich sogar stark verschlechtert.

Im Hinblick auf den international starken Wettbewerbsdruck ist dies ein achtbares Ergebnis. Gemessen an den Ansprüchen der Staatsregierung – „Das Beste für Bayern“ – kann eine solche Bewertung allerdings nicht zufrieden stellen.

Die folgenden Themen müssen daher in den anstehenden Koalitionsverhandlungen angesprochen werden, und zwar mit einem klaren Fokus auf die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen:

Ganz oben auf die Tagesordnung gehört laut unserer Umfrage der Ausbau des schnellen Internets und schneller Funknetze: 65 Prozent der Unternehmen sehen hierin einen sehr wichtigen Handlungsbedarf.

Freilich gibt es auch bereits umfassende Programme, wie den Digitalpakt oder den Gigabitfonds. Diese gehen aber zu oft am Bedarf der Unternehmen vorbei. Die staatlichen

Förderprogramme zielen beispielsweise auf Haushalte ab, für die jedoch in der Regel sehr viel niedrigere Bandbreiten völlig ausreichend sind. Es sind die Unternehmen, die besonders hohen Bedarf an schnellen Breitbandanbindungen haben, und dies sowohl in der Upload- als auch in der Download-Richtung.

Eine stärkere Fokussierung ist auch allein schon aus Kapazitätsgründen zwingend notwendig: Angesichts des Baubooms gibt es erhebliche Engpässe bei den beauftragten Firmen. Selbst wenn die Finanzierung gesichert und die Pläne vorhanden sind, rollt der Bagger noch lange nicht an.

Auch beim Ausbau der Mobilfunknetze muss der Bedarf der Unternehmen im Vordergrund stehen. Um schnellstmöglich eine wirklich flächendeckende Grundabdeckung zu erreichen, sollte umgehend ein nationales Roaming durchgesetzt werden, damit alle Nutzer auf die Infrastruktur aller Netzbetreiber zurückgreifen können.

Zudem muss die 5G-Infrastruktur der nächsten Mobilfunkgeneration gezielt vorangetrieben werden. Dazu müssen die Frequenz-Versteigerungen so ausgestaltet werden, dass die Planung Hauptverkehrsadern berücksichtigt und nicht willkürlich an Landes- oder Gemeindegrenzen endet. Auch sollten die Auktionserlöse für den weiteren Ausbau des Mobilfunks eingesetzt werden.

Kommen wir zum zweiten Thema: 60 Prozent der bayerischen Unternehmen fordern einen zügigen Abbau von Bürokratie. Die Staatsregierung hat in der letzten Legislaturperiode einige sinnvolle Maßnahmen umgesetzt. So werden Verordnungen und neue Gesetze im Vorfeld auf ihre Praxistauglichkeit geprüft.

Die beschlossene Umstellung auf digitale Verwaltungsverfahren – Stichwort E-Government – wird zum Abbau von Bürokratie beitragen. Wichtig ist dabei jedoch, dass auch hier die Belange der Unternehmen im Fokus stehen und es nicht um die Optimierung von behördlichen Verwaltungsabläufen geht. Zugleich sollte die E-Government-Revolution dazu genutzt werden, um Behördenvorgänge transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Wir fordern klare Fristen, bis wann Unternehmen zukünftig mit behördlichen Entscheidungen oder Rückmeldungen rechnen können, zum Beispiel bei Baugenehmigungen oder bei Steuerprüfungen. Derartige Leistungsversprechen schaffen Rechtssicherheit und bauen Bürokratie ab.

Drittes Thema: Fachkräftesicherung. In Bayern fehlen allein in diesem Jahr 260.000 Fachkräfte. Daraus resultiert eine entgangene Wertschöpfung von fast 23 Milliarden Euro. Vier von zehn Unternehmen erwarten von der neuen Regierung mehr Maßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Was muss konkret getan werden? Wir haben viele Ältere und Frauen, die aus verschiedenen Gründen nicht oder nur geringfügig erwerbstätig sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann beispielsweise sehr viel besser gemanagt werden, wenn die Arbeitszeitregelungen den Möglichkeiten mobilen Arbeitens besser Rechnung tragen und mehr Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder geschaffen werden. Mehr Rentner könnten für eine Beschäftigung gewonnen werden, wenn die Befristungsregelungen und die Hinzuverdienstgrenzen gelockert würden. Beim Thema Weiterbildung, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung, gibt es auch noch großes Potenzial.

Daneben brauchen wir, nicht zuletzt aus demografischen Gründen, mehr Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland. Wir begrüßen das kürzlich vorgestellte Eckpunktepapier der Bundesregierung. Die neue Staatsregierung sollte sich dafür einsetzen, dass insbesondere die Belange der kleinen und mittelgroßen Unternehmen noch stärker berücksichtigt werden. Sie brauchen einen einfachen und praxistauglichen Zugang zu ausländischen Fachkräften.

Zum Schluss möchte ich dem neuen Landtag noch eine Botschaft mit auf den Weg geben – auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen. Bayern ist ein Standort im globalen Wettbewerb. Bayerns Stärke ist die Industrie. Dementsprechend wichtig ist eine stabile und bezahlbare Energieversor-

gung. Eine kleinteilige, regionale Versorgung mag zwar für private Haushalte funktionieren – sie stehen aber auch nur für ein Viertel des bayerischen Stromverbrauchs. Für Gewerbe und Industrie führt an den geplanten Stromtrassen kein Weg vorbei. Dazu kommen in naher Zukunft die steigenden Anforderungen ans Stromnetz für die E-Mobilität.

Eine gute Standortpolitik ist kein Selbstzweck: Unsere Bürger sollen auch in Zukunft in einem Bayern leben, das stark und wirtschaftlich erfolgreich ist. Aktuell sehen wir, dass die Antriebskräfte des Booms nachlassen und die konjunkturellen Stolpersteine zunehmen. Das Fenster für Investitionen und Reformen beginnt sich damit langsam zu schließen. Wir sollten nicht den Fehler machen, den möglichen Eintritt eines Abschwungs oder einer Krise abzuwarten. Die Politik muss schon jetzt alles tun, um den Standort Deutschland und Bayern weiter an der Weltspitze zu halten.